

MICHAEL SCHRODI

INFO-BRIEF IM AUGUST 2026

SPD Soziale
Politik für
Dich.



Liebe Genossinnen,
liebe Genossen,

bei all den Unruhen in den Reihen des Koalitionspartners kann man schon einmal vergessen, dass wir vor der parlamentarischen Sommerpause einiges auf den Weg gebracht haben, darunter nach harten Verhandlungen im Koalitionsausschuss mehrere Reformvorhaben.

Wenn man berücksichtigt, von welch unterschiedlichen Positionen aus wir gestartet sind, haben wir vertretbare Ergebnisse erzielt. Das Gesamtpaket enthält Wachstumsimpulse und sichert den Sozialstaat. Wenig überraschend ist, dass das Paket ausführlich diskutiert und bewertet wird. Einige Punkte stoßen auf Kritik, die wir ernst nehmen, beispielsweise beim Arbeitsrecht oder der Rente. Unsere Antwort ist: Ja, wir hätten uns an manchen Stellen andere Lösungen gewünscht.

Wir werden nun die Details im parlamentarischen Verfahren beraten und dafür kämpfen, noch Verbesserungen durchzusetzen.



“Programm für Aufschwung und Beschäftigung”



Das „Programm für Aufschwung und Beschäftigung“ ist kein SPD-Wunschzettel, sondern ein politischer Kompromiss in einer herausfordernden Lage. In einer Koalition setzt keine Partei ihre Vorstellungen zu 100 Prozent durch. Die 34 Einzelpunkte, die der Koalitionsausschuss vorgelegt hat, sind das Ergebnis von intensiven Verhandlungen und von beiderseitigen Zugeständnissen: Entlastungen bei der Einkommensteuer, die Erhöhung der Reichensteuer, Schutz von Arbeit; sichere Renten; bessere Gesundheitsversorgung und mehr bezahlbarer Wohnraum.

Besonders wichtig ist mir:

- ➔ **Steuerentlastungen mit sozialem Schwerpunkt:** Kleine und mittlere Einkommen haben mehr Netto vom Brutto, besonders Familien.
- ➔ **Solidarität und Gerechtigkeit:** Zur Gegenfinanzierung werden die Reichen- und Superreichensteuer erhöht.
- ➔ **Sichere Rente und solidarische Gesundheit:** Die gesetzliche Rente und die solidarische Krankenversicherung bleiben zentrale Pfeiler des Sozialstaats. Facharzt-Termingarantien und gesetzliche Infarktvorsorge verbessern die Versorgung der gesetzlich Versicherten.
- ➔ **Schutz von Arbeit in der Transformation:** Wenn Strukturwandel Arbeitsplätze bedroht, sollen Beschäftigte nicht allein gelassen werden. Beratung, Weiterbildung und Job-to-Job-Qualifizierung sollen helfen, bevor Menschen arbeitslos werden.
- ➔ **Neue Chancen für junge Menschen:** Mit dem Programm „Zweite Chance“ sollen deutlich weniger Jugendliche ohne Schul- oder Ausbildungsabschluss bleiben. Kein junger Mensch darf verloren gehen, nur weil der erste Anlauf nicht gelungen ist.
- ➔ **Mehr bezahlbares Wohnen:** Mit einer Bundes-Wohnungsbaugesellschaft soll der Staat dort stärker Verantwortung übernehmen, wo der Markt dauerhaft nicht genug bezahlbare Wohnungen schafft – gerade in angespannten Wohnungsmärkten.
- ➔ **Starke Wirtschaft, gute Arbeitsplätze:** Der Deutschlandfonds wird zu einem Instrument für strategische Beteiligung ausgebaut – profitieren sollen auch junge, kleine und mittelständische und kommunale Unternehmen. Entscheidend dabei: gute Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen.
- ➔ **Weniger Bürokratie, aber keine Absenkung von Schutzrechten:** Entlastung für Unternehmen und Vereine – Berichts- und Dokumentationspflichten entfallen. Gleichzeitig werden Arbeitnehmer-, Verbraucher-, Bürgerrechte und wichtige Schutzstandards nicht aufgeweicht.

Wodurch Menschen konkret profitieren

Viele Menschen profitieren durch eine Einkommensteuerreform mit höherem Grundfreibetrag, höherem Kinderfreibetrag, mehr Kindergeld, höherem Arbeitnehmerpauschbetrag und einer flacheren Progression. Eine Familie mit zwei Kindern und 60.000 Euro zu versteuerndem Einkommen kann ab voller Wirkung jährlich um mehr als 600 Euro entlastet werden. Gesetzlich Versicherte sollen schneller Facharzttermine bekommen, die Infarktvorsorge wird verbessert. Wer von Strukturwandel betroffen ist, soll schneller in neue Arbeit kommen. Junge Menschen ohne Abschluss erhalten gezielte Unterstützung. Und dort, wo bezahlbarer Wohnraum fehlt, soll der Bund selbst stärker zum Bau beitragen.



Kampf gegen Steuerkriminalität entschlossen angehen!

An einem Aktionsplan aus dem Bundesfinanzministerium, den wir ebenfalls noch vor der sitzungsfreien Zeit beschlossen haben, war ich ganz besonders beteiligt. Er zielt auf das ab, was mir besonders am Herzen liegt: mehr Gerechtigkeit!

Das zentrale Anliegen des Aktionsplans gegen Finanzkriminalität ist, das Entdeckungsrisiko für Steuerbetrüger zu erhöhen. Dafür wird ein Datenanalysezentrum und ein gemeinsames Zentrum gegen Steuer- und Finanzkriminalität beim Zoll eingerichtet, um die operative Schlagkraft zu erhöhen. Seit ich als Parlamentarischer Staatssekretär tätig bin, hatte ich zahlreiche Gespräche mit Expertinnen und Experten wie der ehemaligen Staatsanwältin Anne Brorhilker, um dieses Aktionspaket so effektiv wie möglich gestalten zu können. Am 15. Juli wurde der Plan vorgestellt.

So werden Analyse, Ermittlung und Verfolgung von Geldwäsche und Steuerkriminalität sinnvoll gebündelt. Der Kampf gegen Schwarzarbeit wird ausgeweitet, der Strafraum für organisierte Steuerkriminalität erhöht, und der Straftatbestand für Steuerhinterziehung wird wieder eingeführt. Weitere vorgesehene Maßnahmen sind neue Instrumente zur Feststellung von Vermögen aus unbekannter Herkunft, eine höhere Effizienz der Bundesbetriebsprüfung oder die Abschaffung der Straffreiheit bei Selbstanzeige, weil sie falsche Anreize schafft. Der Aktionsplan ist also sehr umfangreich und kann hier nachgelesen werden:

[Aktionsplan gegen Steuer- und Finanzkriminalität](#)

Welche Belastungen auf die Menschen zukommen

Sehr hohe Einkommen werden stärker besteuert: Die Reichensteuer soll künftig früher greifen und bei sehr hohen Einkommen steigen. Der Pauschalsteuersatz bei Minijobs wird angehoben. Die steuerliche Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen wird etwas reduziert. Kritisch diskutiert werden die strengeren Regeln bei der Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung und das Ende der telefonischen Krankschreibung. Auch die Ausweitung sachgrundloser Befristungen auf insgesamt vier Jahre ist ein Punkt. Wir haben jedoch darauf geachtet, dass diese Maßnahme mit einer Befristung bis zum 31.12.2030 endlich ist.



Foto: Bundesministerium der Finanzen

GKV-Gesetz: Die Last auf möglichst viele Schultern verteilt

Warum das Beitragssatzstabilisierungsgesetz notwendig ist:

Deutschland gibt im internationalen Vergleich sehr viel Geld für Gesundheit aus. Gleichzeitig sehen wir bei Qualität, Steuerung und Effizienz erhebliches Verbesserungspotenzial. Die gesetzlichen Krankenkassen steuern auf ein Defizit in Milliardenhöhe. Während die Einnahmen stabil sind, sind die Ausgaben zuletzt deutlich gestiegen.

Als ersten Schritt stabilisieren wir nun die Beiträge und schaffen so die Grundlage für weitreichende Strukturreformen: im Krankenhaussektor, bei der ambulanten Versorgung und der Notfallversorgung, Digitalisierung und bei den Vergütungs- und Leistungsstrukturen.

Was uns wichtig ist

- Faire Lastenteilung: Zur Konsolidierung des Systems müssen alle beitragen.
- Stabile Beitragssätze: keine übermäßige Belastung der Beitragszahler.
- Mehr Beitragszahler: Anhebung der Versicherungspflichtgrenze, Einbeziehung neuer Selbständiger und auch der Bundestagsabgeordneten in die GKV.
- Keine Leistungskürzungen beim Krankengeld oder etwa beim Zahnersatz.
- Psychotherapeutische Versorgung sicherstellen

Am Ende dieses Newsletter findet ihr noch **ergänzende Infos** dazu!



Kürzlich war ich übrigens gemeinsam mit der Schriftstellerin und Moderatorin Amelie Fried zu Gast beim **BR-Sonntagsstammtisch**. Mitdiskutiert haben auch Moderator Hans Werner Kilz und seine beiden Stammgäste Ursula Münch und Klaus Bogenberger. Gesprochen haben wir über meine Arbeit als Parl. Staatssekretär, die Themen der Woche, also über die aktuellen Reformvorhaben, insbesondere dem Beitragsstabilisierungsgesetz der gesetzlichen Krankenkassen, und die Fußball-WM. Hier der [Link](#) zur Sendung.



Neu: Antragsloses Kindergeld

Im Juli wurde im Bundestag beschlossen, dass das Kindergeld künftig nach der Geburt eines Kindes antragslos ausgezahlt wird. Wir bauen damit bürokratische Hürden für Familien ab. Für die automatische Auszahlung genügt künftig, dass mindestens ein Elternteil mit dem Kind in Deutschland wohnt und hier arbeitet sowie die IBAN eines Elternteils vorliegt. Liegt die Kontoverbindung vor und hat die Familienkasse keine Zweifel am Kindergeldanspruch, kann die Auszahlung starten. Das Gesetz soll 2027 in Kraft treten. In einer ersten Stufe startet im Frühjahr 2027 die automatische Auszahlung für Neugeborene in Familien, die bereits Kindergeld für ein älteres Kind erhalten und ein weiteres Kind bekommen. Im zweiten Schritt, gegen Ende 2027, wird die automatische Auszahlung auf alle Neugeborenen ausgeweitet – also auch auf Erstgeborene.

Schnellere Versorgung im Notfall



Wir schaffen die Grundlage für eine vernetzte, digitale und standardisierte Notfallversorgung, damit die Menschen in unserem Land sich auf eine flächendeckende Notfallversorgung verlassen können, die im Ernstfall schnell Hilfe leistet. Deshalb bauen wir zum Beispiel die 116 117 als Akutleitstelle aus und vernetzen sie künftig digital mit den Rettungsleitstellen (112), um rund um die Uhr telemedizinische oder aufsuchende Notdienste zu koordinieren. Damit werden im Notfall wichtige Sekunden gespart und die umfassende Versorgung verbessert.

Sommertour der SPD-Landesgruppe



Die bayerischen SPD-Bundestagsabgeordneten haben während ihrer Sommertour auch hier im Wahlkreis zwei Stopps gemacht: Wir haben die KZ-Gedenkstätte in Dachau besucht, dort einen Kranz niedergelegt und anschließend mit Frau Dr. Hammermann und anderen Verantwortlichen über die Zukunft der Gedenkstätte gesprochen. Beim anschließenden Treffen im Max-Mannheimer-Haus wurde u.a. das Thema "Demokratie leben" besprochen. Die Neuausrichtung des Programms durch die Bundesbildungsministerin Prien setzt wegen der faktisch fehlenden zukünftigen Finanzierung des Projekts "Memory Momentum" in der aktuellen politischen Lage ein fatales Signal. In einem Brief an Ministerin Prien habe ich um eine Stellungnahme gebeten. Vielen Dank an den Dachauer OB Florian Hartmann und Dennis Behrendt, Stadtrat und Ortsvereinsvorsitzender in Dachau, dass sie sich den Tag Zeit genommen und uns begleitet haben.

» Politische Berlinreise im Juni



Ein Besuch im Bundesministerium der Finanzen, ein Gespräch im Bahn-Tower, eine Führung im ehemaligen Stasi-Untersuchungsgefängnis Hohenschönhausen, ein Vortrag über Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bei der Bundeszentrale für politische Bildung, eine Führung im Centrum Judaicum und die obligatorischen Termine im Deutschen Bundestag standen auf dem Programm der BPA-Besuchergruppe, die ich im Juni in Berlin getroffen habe.

Das Interesse an meiner Arbeit und allen politischen Themen war wie immer sehr groß und ich freue mich jedes Mal, Menschen aus dem Wahlkreis begrüßen zu dürfen.

Neuwahlen bei der SPD im Landkreis Dachau



Auf einem Parteitag der SPD Unterbezirk Dachau wurde ein neuer Vorstand gewählt. Sabine Decker aus Röhrmoos und Harry Dirlenbach aus Vierkirchen wurden als Vorstands-Doppelspitze gewählt, ihre Vertreter sind Johanna Wagner und Michi Grimmer. Ich gratuliere ihnen und allen anderen neugewählten Genossinnen und Genossen im Unterbezirksvorstand. Alles Gute und Glückauf!

Wir sprachen beim Parteitag über die Bekämpfung der Finanzkriminalität und darüber, was die Kommunen hier vor Ort brauchen. Sie sind es, die einen großen Teil der sozialen Lasten tragen müssen. Die vielen Belastungen dürfen nicht dazu führen, dass die Schere zwischen arm und reich immer weiter auseinander geht.

SAVE THE DATE:

Die Bayerische Verfassung wurde am 8. Dezember 1946 in Kraft gesetzt und in diesem Jahr ihr 80-jähriges Jubiläum. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der nationalsozialistischen Herrschaft erhielt Bayern durch die US-amerikanische Militärregierung den Auftrag, eine demokratische Verfassung zu erarbeiten. Ministerpräsident Wilhelm Hoegner, der als „Vater der Bayerischen Verfassung“ gilt, berief einen vorbereitenden Verfassungsausschuss, der einen Entwurf auf Grundlage der Weimarer Reichsverfassung, der Bamberger Verfassung von 1919 und der Schweizer Bundesverfassung erarbeitete.

Zum 80. Jahrestag möchte ich in einer öffentlichen Veranstaltung mit der Politikwissenschaftlerin Prof. Dr. Ursula Münch darüber sprechen, und zwar am

Donnerstag, den 2. Dezember 2026 in der Friesenhalle in Eichenau.

Ich freue mich, wenn ihr euch den Termin schon heute im Kalender notiert.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

Im September finden die zwei Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin die Wahl zum Abgeordnetenhaus statt. Wie bei jeder Wahl geht es um die Zukunft und vor allem um den Erhalt der demokratischen Strukturen! Unterstützt deshalb die Genossinnen und Genossen in ihrem Wahlkampf, wo und wie immer es geht.

Ich wünsche schöne Sommerferien. Bleibt gesund und passt bei der Hitze auf euch auf.

Freundschaftliche und solidarische Grüße

Michael Meck



Und hier noch **weitere Details und Informationen zum Beitragsstabilisierungsgesetz**, falls ihr mit FreundInnen oder Bekannten über dieses Thema spricht.

- Wir stabilisieren die Beiträge bei den gesetzlichen Krankenversicherungen.
- Künftig gilt stärker das Prinzip: Beahlt wird, was den Patient:innen nachweislich nutzt.
- Die kostenfreie Familienversicherung bleibt ein wesentlicher Pfeiler der gesetzlichen Krankenversicherung. Für mitversicherte Ehegatten und Lebenspartner:innen wird künftig ein Beitragszuschlag von 2,5 Prozent erhoben.
- Ausgenommen sind Personen mit Kindern bis 12, einem Kind mit einer Behinderung oder mit Pflegeverantwortung. Auch Rentner:innen bleiben weiterhin beitragsfrei in der Familienversicherung mitversichert.
- Überhöhte Arzneimittelpreise werden stärker begrenzt; Ausgabensteigerungen bei den Verwaltungskosten der Krankenkassen werden gedeckelt.
- Im Krankenhausbereich verbessern wir die Qualität, z.B. durch ein Zweitmeinungsverfahren bei kostenintensiven Behandlungen.
- Der Bundeszuschuss bleibt eine stabile Einnahmequelle. Der Bund beteiligt sich nun stärker an den Gesundheitskosten von Menschen in der Grundsicherung.
- Das entlastet die Krankenkassen und Beitragszahlenden und stellt die Finanzierung breiter und solidarischer auf.
- Wir sorgen für mehr Prävention: Die Tabaksteuer wird angehoben und eine Abgabe auf zuckerhaltige Erfrischungsgetränke eingeführt.
- Durch die Anhebung der Versicherungspflichtgrenze stärken wir die Solidargemeinschaft der GKV. Mehr Gutverdiener bleiben so im solidarischen System und weniger können sich privatversichern.
- PsychotherapeutInnen werden künftig nach denselben Regeln vergütet wie andere Fachärzte und Fachärztinnen. Die Bezahlung soll sich stärker am tatsächlichen Behandlungsbedarf der PatientInnen orientieren. Wer bereits in Therapie ist, für den ändert sich nichts: Die Behandlung kann ohne Unterbrechung weitergeführt werden. Für besonders schutzbedürftige Patientengruppen bleibt außerdem die bisherige Sondervergütung außerhalb des Budgets bestehen. Welche weiteren Behandlungen weiterhin außerhalb der normalen Budgetgrenzen vergütet werden, werden die zuständigen Selbstverwaltungspartner im Gesundheitswesen festlegen.

Zeitplan für unsere konkreten Vorhaben

Das GKV-Beitragsstabilisierungsgesetz haben wir am 10. Juli 2026 verabschiedet. So ist ausreichend Zeit für die Umsetzung. Im Herbst beginnen wir die Arbeiten an den notwendigen Strukturreformen, mit denen wir das Gesundheitssystem zukunftsfit machen.

Was wir machen würden, wenn wir allein regieren würden

Unser Ziel bleibt die Bürgerversicherung: Alle sollen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit in unser solidarisches Gesundheitssystem einzahlen und zur Finanzierung beitragen. Das stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt, schafft mehr Gerechtigkeit und sichert die Finanzierung einer guten Gesundheitsversorgung für alle.

Zum Thema Strukturreform noch ein Gedanke: Hier sind nun auch Privatversicherte in den Fokus geraten, mit der Begründung, dass alle gemessen an ihrer Leistungsfähigkeit in ein solidarisches System einzahlen sollen. Es ist deshalb wichtig zu erwähnen, dass wir als SPD zum Beispiel einer Einbeziehung von Beamtinnen und Beamten in die gesetzliche Krankenversicherung sehr offen gegenüberstehen, zumindest für künftige Staatsbedienstete.

Michael Schrodi, MdB, Wahlkreisbüro, Ilzweg 1, 82140 Olching,
Telefon: 08142 5010589 Mail: michael.schrodi.wk@bundestag.de



SPD Soziale
Politik für
Dich.